



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

abgegrenzt findet, damit er sich keine feindlichen Uebergriffe in das nachbarliche Gebiet erlaube.

Auf die Straße zurückgetreten, widmen wir noch einen Blick dem blühenden Handel der Rue Maubouée. Gewöhnlich wechselt in den Erdgeschossen eine wohlriechende Garfüche mit einem Trödelladen oder einem anderen industriellen Etablissement ab, und die Mannigfaltigkeit der Artikel, die hier dem Liebhaber angeboten werden, sucht in der That ihres Gleichen. Hier verkauft man alle möglichen und unmöglichen Wirthschaftsartikeln, die von der sogenannten besseren Welt bereits als dienstuntauglich ausrangirt wurden: abgetragene Kleidungsstücke, alte Eisen- und Messingwaaren in wunderbar buntem Gemisch, durchlöchernte Ofenröhren, alte Stiefelschäfte, aus alten Stricken fabricirte Hede, alte Säcke, die zur Fertigung von Scheuerwischen dienen u. s. w.; selbst die Auslese aus dem Straßenkehricht ist hier nicht verloren, ein genialer Handelsgeist weiß auch diese zu verwerthen. Freilich sieht es gerade nicht sehr einladend aus, wenn man hie und da in einem der Erdgeschosse einige schmierige Weiber an einem hohen Lumpenhaufen arbeitend knien sieht, um eine Klassifikation der schmutzigen Artikel auszuführen. Hervorzuheben ist noch, daß jedes der angeedeuteten Handelsobjekte mehrere Budiken einnimmt, und daß eine heiße Konkurrenz unter den Geschäftsmännern besteht, die sich diesem Handel widmen. Man kann sich denken, daß die Lumpensammler sich seitens jener Großhändler einer ganz besonders aufmerksamen und zuvorkommenden Behandlung erfreuen, und daß bei diesem Importgeschäft gleichzeitig die Schenkwirthe ein nicht unbedeutendes Geschäft machen.

Nach diesen verschiedenen Beobachtungen und Betrachtungen ist es uns endlich gelungen, durch die Rue de Venise, welche die Rue Brise-Niche an Enge und widerlichem Duft womöglich noch übertrifft, in die Rambuteau-Straße zu debouchiren, wo wir es uns denn zunächst angelegen sein lassen, unsere Geruchs- und Athmungswerkzeuge wieder in eine etwas normalere Thätigkeit zu setzen, wie auch unsere Augen wieder an einen menschenwürdigeren Gesichtskreis zu gewöhnen.

Gustav Krause.

## Vom deutschen Reichstag.

Berlin, 29. März 1874.

Von den Arbeitsgegenständen des Reichstages in dieser Woche können wir die meisten sehr kurz behandeln. Die zweite Berathung des Preßgesetzes ist zu Ende gelangt. Was bei den angenommenen Voraussetzungen herauskommen konnte, ist herausgekommen, und was davon zu denken, habe ich bereits hier ausgeführt. Es wird der Presse mit diesem Gesetz gehen, wie

dem Patienten, dessen Uebel von der eignen Natur in Schranken gehalten wird, während der Arzt es daneben ohne jeden Einfluß behandelt, als den, daß er dem Patienten allerlei Unbequemlichkeiten verschafft. Man hält die Annahme des Gesetzes durch den Bundesrath namentlich deshalb für zweifelhaft, weil der Reichstag die Beschlagsnahme von Druckschriften auf wenige bestimmte Fälle eingeschränkt hat. Es wäre ein wahres Unglück, wenn der Bundesrath bei der dritten Lesung mit solchen Forderungen hervorträte. Ich hoffe, daß dieses Unglück dadurch abgewendet wird, daß vor der dritten Lesung des Preßgesetzes die Militärvorlage angenommen ist. Dann kann der Bundesrath schon aus Dankbarkeit nicht anders, als den Reichstagsbeschlüssen über die Presse ohne Einschränkung zuzustimmen. Oder aber die Militärvorlage wird verworfen, was leider jetzt sehr wahrscheinlich geworden ist: dann erfolgt die Auflösung des Reichstags, und der nächste Reichstag muß mit dem Preßgesetz von vorn anfangen.

Den zweiten Berathungsgegenstand hat in dieser Woche der von den Abgeordneten Bölk und Hirschius eingebrachte Gesetzentwurf zu einem Reichsgesetz über die bürgerliche Standesbuchführung und über die bürgerliche Form der Eheschließung gebildet. Ueber die Sache selbst ist wahrhaftig nichts mehr zu sagen. Ob es aber schon an der Zeit ist, diese Materie von reichswegen in allen Bundesstaaten zu ordnen, vor dem Erlaß des deutschen Civilgesetzbuches und vor der Schaffung eines deutschen Eherechtes, das erhellt aus den im Reichstag geführten Verhandlungen nicht zur Genüge. Die Bundesregierungen \*) sind, wie es scheint, für die negative Ansicht entschieden und werden das aus der Initiative des Reichstags hervorgegangene Gesetz nicht genehmigen. Um so weniger lohnt es, die Verhandlungen über den nach seiner allgemeinen Seite mehr als erschöpften Gegenstand nochmals zu verfolgen.

Desto belehrender wäre das Eingehen auf den dritten Arbeitsgegenstand dieser Woche, auf den Gesetzentwurf über das Reichspapiergeld. Da jedoch über diesen Entwurf die zweite Berathung bei dem § 1 vertagt worden, so ist es besser, den Gegenstand beim Ueberblick der zweiten Berathung im Ganzen zu behandeln. Diesmal sei nur erwähnt, daß bei der ersten Berathung der Abgeordnete Mosle die vortrefflichsten, beherzigenswertheften Wahrheiten aussprach, nicht etwa sogenannte schöne Theorien, sondern praktisch dringliche Regeln. Aber man kann auch allzu praktisch sein. Das will sagen, man kann übersehen, daß das praktisch Wünschenswerthe um höchst unerfreulicher Hindernisse willen, die sich aber nicht sogleich niederreißen lassen, vertagt werden muß. So ging es diesmal dem wackeren Abgeordneten aus Bremen. Er

\*) Jedenfalls mit Ausnahme Preußens, nach dem officiösen Entresilet der heutigen Nordd. Allg. Z. Preußen stimmt dem Entwürfe zu. D. Red.

verlangte des Guten, des höchst praktisch Guten mehr, als dem Egoismus der Bundesregierungen für jetzt abzunehmen ist, die bis dahin vom Papiergeld eine so lustige Finanzwirthschaft geführt haben. Dagegen hatte Bamberger die Vorlage der Bundesregierungen seinerseits für die zweite Berathung durch eine Reihe von Vorschlägen verbessert, deren Weniger am praktisch Guten ein Mehr enthielt in Bezug auf das für den Augenblick Erreichbare. Die Berathung wurde aber abgebrochen, und so verschieben wir unsere Erörterung.

Mit den Plenarberathungen des Reichstags von dieser Woche sind wir zu Ende. Aber die wahre Geschichte des Reichstags, von der in dieser vergangenen Woche ein sehr wichtiges Stück sich abgespielt, ist nicht in den Plenarsitzungen, noch in den Commissionen, sondern in den Gemüthern, in den Fraktionen, in den Privatbesprechungen und in den Kreisen derer vor sich gegangen, welche nicht dem Reichstag angehören, jedoch auf sein Schicksal den höchsten Einfluß üben.

Die Militärfrage ist die Schicksalsfrage dieses Reichstags. Man weiß nun endlich, daß die Regierung den § 1 des Militärgesetzes nur annehmen wird entweder in der von der Regierung selbst eingebrachten Form mit der Präsenziffer von 401,659 Mann, oder in der von den Freiconservativen vorschlagenden Fassung, wonach für jeden Tag des Jahres die durchschnittliche Präsenziffer 385,000 Mann betragen muß. Für diese Fassung werden die Conservativen und der größte Theil der Nationalliberalen stimmen, Lasker aber mit 10—15 Getreuen wird als sentimentaler Cato unerbittlich sein, und die große Verantwortung der Vereitelung des Gesetzes auf sich nehmen, welches dann mit einer Majorität von 10—15 Stimmen wird verworfen werden. Während der ganzen Woche hat sich Miquel noch um einen Ausgleich auf folgender Basis bemüht: es sollten 370,000 Mann als sogenannte ewige Minimalziffer bewilligt werden, 385,000 Mann als Durchschnittsziffer nach dem freiconservativen Amendement, aber nur auf drei bis fünf Jahre. Der Kaiser und alle maßgebenden Personen waren jedoch einig, daß das Provisorium, unter welche Form es auch verhüllt werden möge, um keinen Preis nochmals zuzulassen sei. Man will die zur wahren Kriegsfähigkeit erforderliche Präsenziffer als bindendes Gesetz für Regierung und Reichstag endlich ohne Zweideutigkeit festgestellt haben. Man will endlich herauskommen aus dem Zustand, wo mit der Präsenziffer die Heeresinstitution selbst zum unaufhörlichen Gegenstand von Wahlagitationen, von parlamentarischen Kämpfen und Intriguen gemacht wird, wo die permanente Unsicherheit der Heeresinstitution die ganze Lage des Reichs und seine Institutionen in ewiges Schwanken und permanente Unsicherheit versetzt.

Wie bei solchen Entscheidungen gleich der jetzigen die Lüge immer eine große Rolle spielt, hatte man sogar fabulirt, dem Kaiser sei die Präsenziffer

nur eingeredet worden, um ihm die Aussöhnung mit den Ultramontanen im wünschenswerthen Lichte erscheinen zu lassen. Diese ungeheuerliche Ausstreuung, weniger ungeheuerlich durch die Ungereimtheit der Erfindung als durch die Leichtgläubigkeit, mit der sie in parlamentarischen Kreisen aufgenommen wurde, mußte der Kaiser an seinem Geburtstag in der Anrede an die Generalität zertreten. Er soll dies mit weit mehr Nachdruck gethan haben, als die nachher veröffentlichte Redaktion der kaiserlichen Worte erkennen läßt. Der Kaiser selbst hat für die Veröffentlichung die mildeste Redaktion gewählt, damit nicht der Vorwand ergriffen werden könne, die Regierung habe den Reichstag durch Drohungen gereizt. Denn das ist das Eigenthümliche bei solchen Entscheidungen wie die gegenwärtige. Tritt die Regierung von Anfang für ihre Forderung mit unbedingter Entschiedenheit auf, so heißt es: „man will uns nicht einmal die Prüfung verstatten, man schneidet jede freie Erwägung ab, darum ist es Ehrensache „Nein“ zu sagen.“ Läßt aber die Regierung der Prüfung den freiesten Raum, gewährt sie ihr, wie diesmal in entgegenkommener Weise geschehen, die ausreichendsten Unterlagen, so heißt es: „die Regierung hat sich nicht mit Bestimmtheit erklärt, sie ist selbst Schuld, wenn wir geglaubt haben, es ginge anders auch“. — Die Schwäche ist unermüdlich in Ausreden, wenn es gilt, sich einer großen Pflicht zu entziehen.

Raum hatte der Kaiser gesprochen, so machte sich die Parlamentsfabel an den kranken Reichskanzler. Es hieß: „woher diese Zurückhaltung? Er will sich für dieses Gesetz nicht engagiren, weil es in Zukunft doch nicht wird festgehalten werden.“ Man erräth, wohin die Hoffnungen derer, die in der parlamentarischen Fabelwelt leben, sich versteigen, um sich in der Annahme zu wiegen, daß sie den Tag erleben werden, wo das deutsche Heer in eine Miliz verwandelt ist. Auch diesem Fabelungeheuer, soweit es sich auf den Kanzler bezog, wurde der Kopf zertreten. Der Fürst ließ zwei Mitglieder des Reichstags an sein Krankenlager bescheiden und erklärte ihnen, daß er bei Antastung der wesentlichen Punkte des Militärgesetzes vom Kaiser seine Entlassung erbitten oder die Auflösung des Reichstags fordern werde.

Diese Erklärung ist insofern von außerordentlicher Tragweite, als sie zeigt, daß der Kanzler die Erhaltung der deutschen Wehrfähigkeit nicht abermals auf dem Wege einer Verfassungsinterpretation durchführen will, obwohl dieser Weg diesmal ganz korrekt wäre. Der Fürst will vielmehr sein Verbleiben im Amte von dem Ausfall der nächsten Wahlen abhängig machen. Er will endlich eine Majorität, die eine wirkliche Stütze seiner Politik ist, oder er will nicht mehr in den Geschäften sein.

Und wenn er geht! Und wenn eine ultramontan-fortschrittlich-Laskersche Majorität aus den wieder geöffneten Wahlurnen hervorgehen sollte! Werden wir dann ein Ministerium Eugen Richter, Lasker, Mallinckrodt bekommen?

Oder ein Ministerium aus der rechten Seite der Nationalliberalen, welches ohne Majorität doch nur den Weg des Konflikts betreten könnte! Welche Veränderungen sich auch in Deutschland vollziehen mögen, wer auch das Zepher des Reichs halten möge — wenn Fürst Bismarck in den nächsten Jahren keine Majorität erhält, so erhält sie jeder andere Staatsmann noch viel weniger. Eine Regierung aber, die geführt werden muß im Kampfe mit an sich disparaten, in der Vereinigung jedoch einigen Elementen, kann, wenn Fürst Bismarck sie nicht führen will, nur von einem Staatsmann der äußersten Rechten geführt werden.

Nach Allem, was von hier aus und in nächster Nähe der Dinge zu erkennen ist, stehen die Aussichten für die Annahme des Militärgesetzes durch den jetzigen Reichstag äußerst ungünstig. Alle ernsthaft und wahrhaft nationalgesinnten Männer müssen also ihre Hoffnung auf die nächsten Wahlen setzen, und schon jetzt darauf denken, wie sie ihre Anstrengungen vereinen, ein dem Vaterlande heilsames Wahlergebnis zu Stande zu bringen.

C—r.

## Das Militärgesetz und die Parteien.

Es ist eine auffallende Thatsache, daß unsere deutsche Regierung trotz aller ihrer Verdienste um Deutschland, trotz aller ihrer Erfolge, die das Staunen und die Bewunderung der Welt erregt haben und noch immer mehr erregen werden, eines nicht verstanden hat, — sich zur Stütze ihrer Bestrebungen und ihrer Politik eine feste, sichere, zuverlässige parlamentarische Mehrheit oder auch nur eine irgendwie bedeutende Regierungspartei zu bilden. Wir freuen uns, daß unsere deutsche Ehrlichkeit und Sittlichkeit es bisher verschmäht hat, diejenigen Mittel und Mittelchen dunklen oder zweifelhaften Charakters anzuwenden, durch die in andern Ländern eine Regierung die Schar der Tasager zusammentreibt. Aber wir bedauern es auf das lebhafteste, daß die Regierung den Gesichtspunkt gar nicht aufgestellt und für sich als maßgebend betrachtet hat, um ihre Prinzipien und zur Durchführung ihrer Prinzipien eine parlamentarische Partei zu consolidiren. Ebenso wenig wie das gegenwärtige preussische Abgeordnetenhaus, bietet der gegenwärtige deutsche Reichstag in seiner Zusammensetzung eine dauerhafte oder ausreichende Basis für eine consequente und große innere Politik.

Die Regierung des Fürsten Bismarck ist ausgegangen von conservativen Grundsätzen, getragen und gestützt von conservativen Parteigenossen. Die